

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abgabepreis: Durch unsern Boten frei ins Haus monatlich 60.00 Mark. Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anwerbeleistungen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich, Fernsprech-Anschluß Nr. 53, Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Anzeigenpreis für die Rubrik: 10.00 Mark, 20.00 Mark, 30.00 Mark, 40.00 Mark, 50.00 Mark, 60.00 Mark, 70.00 Mark, 80.00 Mark, 90.00 Mark, 100.00 Mark, 110.00 Mark, 120.00 Mark, 130.00 Mark, 140.00 Mark, 150.00 Mark, 160.00 Mark, 170.00 Mark, 180.00 Mark, 190.00 Mark, 200.00 Mark, 210.00 Mark, 220.00 Mark, 230.00 Mark, 240.00 Mark, 250.00 Mark, 260.00 Mark, 270.00 Mark, 280.00 Mark, 290.00 Mark, 300.00 Mark, 310.00 Mark, 320.00 Mark, 330.00 Mark, 340.00 Mark, 350.00 Mark, 360.00 Mark, 370.00 Mark, 380.00 Mark, 390.00 Mark, 400.00 Mark, 410.00 Mark, 420.00 Mark, 430.00 Mark, 440.00 Mark, 450.00 Mark, 460.00 Mark, 470.00 Mark, 480.00 Mark, 490.00 Mark, 500.00 Mark, 510.00 Mark, 520.00 Mark, 530.00 Mark, 540.00 Mark, 550.00 Mark, 560.00 Mark, 570.00 Mark, 580.00 Mark, 590.00 Mark, 600.00 Mark, 610.00 Mark, 620.00 Mark, 630.00 Mark, 640.00 Mark, 650.00 Mark, 660.00 Mark, 670.00 Mark, 680.00 Mark, 690.00 Mark, 700.00 Mark, 710.00 Mark, 720.00 Mark, 730.00 Mark, 740.00 Mark, 750.00 Mark, 760.00 Mark, 770.00 Mark, 780.00 Mark, 790.00 Mark, 800.00 Mark, 810.00 Mark, 820.00 Mark, 830.00 Mark, 840.00 Mark, 850.00 Mark, 860.00 Mark, 870.00 Mark, 880.00 Mark, 890.00 Mark, 900.00 Mark, 910.00 Mark, 920.00 Mark, 930.00 Mark, 940.00 Mark, 950.00 Mark, 960.00 Mark, 970.00 Mark, 980.00 Mark, 990.00 Mark, 1000.00 Mark.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1040

Nr. 206

Montag, den 4. September 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der Volksabstimmung über die Autonomiefrage in Oberschlesien haben von 765322 Abstimmungsberechtigten 513760 für das Verbleiben der Provinz Oberschlesien bei Preußen und 50528 für die Autonomie Oberschlesiens gestimmt. Die Beteiligung betrug 78,8 %.

Die öffentliche Brotversorgung soll eingeschränkt und auf die Winderbemittelten beschränkt werden.

Das in der Reparationskommission erzielte Kompromiß wird von der englischen Presse als ein Moratorium unter einem anderen Namen bezeichnet. Die Tatsache, daß die Entscheidung einstimmig erfolgte, wird mit besonderer Genugtuung hervorgehoben.

Die amerikanische Regierung bestätigt die Weisung, daß sie vor kurzem in offizielle Verhandlungen mit den Sowjets eingetreten sei.

Der Dollar notierte heute, Montag vormittag, in Berlin mit 1425.

### Politische Wochenschau.

Vom Oberbürgermeister Dr. Aals, M. d. R.

Die Valuta ist der internationale Gradmesser des Vertrauens in der Wirtschaftskraft eines Volkes. Der verlorene Krieg hat das Vertrauen der Welt in die deutsche Wirtschaft zunächst nicht erschüttert. Wohl aber haben die dann einsetzenden Wahnsinnstendenzen unserer Feinde dies nachträglich gründlich besorgt. Poincaré behauptet zwar, daß Deutschland seine Valuta selbst ruinierte. In dieser Form ist seine Behauptung natürlich eine bewußte und erwiesene Unwahrheit, denn selbst der französische Chauvinismus muß jetzt erkennen, daß jede neue französische Drohhre immer wieder einen weiteren katastrophalen Sturz der Mark zur Folge hatte. In der Tat läßt es sich auf den Tag genau nachweisen, daß alle Abtätige der deutschen Mark durch Gewaltakte oder Drohungen unserer Feinde hervorgerufen wurden. So zweifelsfrei aber diese Tatsache auch ist, so darf sie uns doch nicht der Prüfung entziehen, ob nicht in den eigenen Verhältnissen unserer Wirtschaft Zustände herrschen, die in gleicher Weise, wie die Gewaltpolitik Frankreichs, an einem Ruin unserer Währung mitarbeiten.

Eine Prüfung der deutschen Markbewegung zeigt, daß ein Anwachsen der Einfuhr stets eine starke Neigung zur Verschlechterung der Inlandswährung in sich birgt. Der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr braucht nicht mit zwingender Notwendigkeit zu einer Erschütterung der Valuta eines Landes zu führen; das zeigt mit zwingender Logik das vielfache Beispiel von Ländern, die trotz ihres Einfuhrüberschusses eine gesunde und gefestigte Währung behalten. In einem Lande jedoch mit so hochgespanntem und so nervös veranlagtem Wirtschaftsorganismus, wie der des heutigen Deutschland ist, wirkt sich die Wirtschaftsbilanz natürlich ganz anders aus, als unter normalen Verhältnissen, und so ist in der Tat für Deutschland die Erscheinung zu verzeichnen, daß unsere stark passive Handelsbilanz ein wesentlicher Grund zur Verschlechterung der Währung ist. Die Handelsentwicklung Deutschlands hat geradezu düstere Formen angenommen. Während wir im Februar noch einen Ausfuhrüberschuß von 2,4 Milliarden Mark zu verzeichnen hatten, ist der Einfuhrüberschuß von da ständig gestiegen und beträgt nach den letzten Veröffentlichungen des statistischen Reichsamtes für den Monat Juli 10 Milliarden Mark. Wer näher zuhört, wird finden, das die deutsche Ausfuhr gegenüber der Vorkriegszeit ungeheuer nachgelassen hat. Sie beträgt gegenwärtig nur noch etwa 35—40% der Ausfuhr vor dem Kriege. Diese Verschlechterung der Wirtschaftsbilanz bringt es mit sich, daß der Gesamtbedarf Deutschlands an Golddevisen auch ohne die Leistung an unsere Feinde die Einnahmen Deutschlands aus Golddevisen übersteigt. Damit ist nicht nur der Beweis erbracht, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit für Leistungen an unsere Feinde nicht vorhanden ist, sondern daß auch seine innere wirtschaftliche Bilanz in verhängnisvollem Umfange passiv ist.

Diese Passivität unserer Wirtschaftsbilanz nach Möglichkeit zu verringern ist ein zwingendes Gebot aller auf wirtschaftliche Erhaltung und wirtschaftlichen Aufbau gerichteten Politik, denn nur durch eine solche Verbesserung kann einer weiteren Verteuerung der Lebenshaltung entgegen gewirkt werden. Es ist einfach nicht mehr durchführbar, auch künftig noch lediglich an dem alten bequemem Rezept zu arbeiten, die Abfälle und Gebälter ins Ungemessene steigen zu lassen und durch Neudruck von Papiergeld in Verbindung mit Angleichung der Steuerkraft eine immer weiter steigende Steuererzeugung zu verursachen. Eine Einengung der passiven Seite der deutschen Wirtschaftsbilanz ist unumgänglich notwendig.

Wenn die Regierung jetzt eine Besserung der wirtschaftlichen Lage dadurch zu erzielen sucht, daß sie Beschränkungen in der Einfuhr von Luxusgegenständen und Erhöhung der Ausfuhrabgaben erstrebt, daß sie die reine Devisenspekulation durch scharfe Kontrolle unterbinden will, daß sie die Bewertung von Lebensmitteln zur Herstellung von entbehrlichen Genußmitteln verbieten will, so sind das gewiß sehr erwägenswerte Maßnahmen, die bis zu einem gewissen Grade bei sinnemäßiger Handhabung entlastend wirken können. Aber das Ziel muß doch wesentlich weiter gesteckt werden, und ist letzten Endes in die Forderung zusammenzufassen: Erhöhung der Ausfuhrgrößen durch Erhöhung der innerwirtschaftlichen Leistung.

Mit großer Freude ist es zu begrüßen, daß sich jetzt eben auf dem lebenswichtigsten Wirtschaftsgebiete Deutschlands, im Kohlenbergbau, die Geneigtheit bei den Arbeitnehmern zeigt, die Hand zu einer solchen Erhöhung der Produktion zu bieten. Sind es auch nur Anfänge, mit denen wir es zu tun haben, so darf doch auf eine Weiterführung gehofft werden. Die Gewerkschaften, die in den letzten Monaten ja immer sehr schnell auf dem Plan erschienen, wenn es materielle Forderungen zu erheben galt, würden sich ein ungeheures Verdienst um die Wirtschaft des deutschen Volkes und vor allem der Arbeiter selbst erwerben können, wenn sie sich mit viel stärkerer Entschiedenheit als bisher zum Träger der Forderung auf Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungen machen wollten. Die Entlastung von außerpolitischen Druck auf unsere Wirtschaft ist der eine Angelpunkt unserer Lage. Der andere ist die Erhöhung der deutschen Produktion und die möglichst aktive Gestaltung unserer Handels- und Wirtschaftsbilanz.

### Die päpstliche Friedensvermittlung des Jahres 1917.

In den Diskussionen der Nationalversammlung im Jahre 1919 wurde die öffentliche Meinung durch die Behauptung Erzbergers, die kaiserliche Regierung habe ein englisches Friedensangebot sabotiert, auf das höchste erregt. Im Laufe der Befragung stellte sich heraus, daß die Anklagen Erzbergers im Zusammenhang mit dem Mißgelingen der päpstlichen Friedensvermittlung im Jahre 1917 standen. Der zweite Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Friedensmöglichkeiten zu prüfen hat, hat jetzt seine Untersuchungen über die päpstliche Friedensaktion beendet. Auf Grund des ihm vorgelegten Aktenmaterials sowie auf Grund der eidlichen Vernehmungen der beteiligten politischen und militärischen Personen, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgen mußte, da kriegsneutrale Staaten in die Aktion verwickelt waren, ist der Ausschuß einstimmig zu folgenden Ergebnissen gelangt: 1.) Ein Friedensangebot Englands lag im Sommer 1917 nicht vor. 2.) Ebenjowenig kann in Anbetracht der vielfachen Schwierigkeiten und der immerhin fraglichen Verständigungsbereitschaft auf feindlicher Seite von einer starken Friedenswahrscheinlichkeit gesprochen werden. 3.) Eine ernste, durch die deutsche Regierung gewillenshaft zu präferierende Friedensmöglichkeit war bei Beginn der päpstlichen Friedensaktion vorhanden. 4.) Die Ereignisse der Monate Juli und August in Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben die an sich nicht sehr starke Friedensgeneigtheit der Westmächte nicht erhöht. 5.) Die deutsche Regierung hat in der formellen Behandlung der päpstlichen Friedensaktion Fehler begangen. 6.) Auf Grund der vorliegenden Aussagen und Dokumente kann es als wahrscheinlich bezeichnet werden, daß England und Frankreich jedenfalls Ende August 1917 ein Eingehen auf die päpstliche Friedensvermittlung mit Rücksicht auf die gesamte Kriegslage als nicht in ihrem Interesse liegend betrachteten. 7.) Die Frage, ob die päpstliche Friedensaktion allein durch die Verzögerung der von der Kurie gewünschten Erklärung über die Freigabe Belgiens vereitelt worden ist, kann auf Grund der vorliegenden Akten und Zeugenaussagen nicht bejaht werden. Zu dieser, offenbar Wort für Wort wohl erwogenen Feststellung wird uns von berufener Seite bemerkt, daß sie augenfällig nur das als Ergebnis festlegen will, was ganz unbestreitbar ist. Hält man sie mit den Debatten des Jahres 1917 in den kriegsfeindlichen Ländern, den Presseäußerungen dort aus derselben Zeit, dem englischen Weibuch, den Enthüllungen Maxes und gewissen Bemerkungen des Prinzen Sixtus zusammen, so muß man zu dem Schlusse kommen, daß die aufkeimende Friedensmöglichkeit durch die schleppende Behandlung der Föhler der Kurie erstickt worden ist. Der Ausschuß hat sich die Veröffentlichung von Materialien und protokollarischen Vernehmungen vorbehalten. Nachdem durch die Broschüre Scheidemanns ein Teil der Akten unrechtmäßig veröffentlicht worden ist, ist zu hoffen, daß der Ausschuß so viel seines Materials, namentlich auch denjenigen Teil, der sich auf die Freigabe Belgiens bezieht, veröffentlicht wird, als es mit den internationalen Bedürfnissen irgend vereinbar ist.

### Der Befahrungsunfug.

In dem Düsseldorf Vorort Oberkassel sind aus Anlaß eines Wirtschaftsstreites auf bisher noch ungeklärte Weise ein belgischer Sergeant und ein gänzlich unbeteiligter englischer Wachtposten erschossen worden. Ob es sich um eine betrunkenen Gefährliche oder um einen Notwehrakt handelt, ob die Kugel aus einem deutschen oder einem belgischen Revolver stammt, das alles bedarf noch der Aufklärung; sicher scheint nur zu sein, daß der ganze traurige Zwischenfall mit Politik nicht das mindeste zu schaffen hat. Trotzdem hat die belgische Befahrungsbehörde die drakonischsten Maßnahmen angeordnet, um den oder die Schuldigen zu ermitteln. Der oberste Verwaltungsbeamte des Ortes wurde, weil er nicht bis zur befohlenen Stunde den oder die Täter nachweisen konnte, verhaftet, sein Sekretär wurde in Haft genommen, weil es ihm unmöglich gewesen war, in der knappen, von der Befahrungsbehörde bestimmten Frist Plakate anhängen zu lassen. Ueber den Ort wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt und vorgeschrieben, daß von abends 8 bis morgens 6 Uhr jedermann allein zu gehen und den Bürgersteig zu verlassen habe, sobald er auf 25 Meter an eine militärische Person oder auf 50 Meter an einen Wachtposten herangekommen sei. Das sind Auswüchse einer militärischen Ueberspannung der Befahrungsbehörden, gegen die auch diejenigen protestieren müssen, die die Tat an sich aufs lebhafteste verurteilen. So etwas sollte in Kriegszustand nicht möglich sein, viel weniger aber noch mitten im Frieden und in denselben Tagen, da belgische Unterhändler auf dem Wege nach Berlin sind, um in wichtigen, politisch-wirtschaftlichen Angelegenheiten Verständigung zu suchen. Hier zeigt sich wieder einmal besonders klar, wie schädlich und unerträglich das ganze System der Befahrungsunfug wirkt, und daß es höchste Zeit ist, es abzubauen. Auch die Gewaltpolitiker der Entente müßten doch schließlich so viel Vernunft aufbringen, daß sie einsehen, wie ganz nutzlos und zwecklos hier Geld und Kraft verpulvert werden, um neuen Haß zu entfachen. Je eher damit aufgeräumt wird, um so besser.

### Die Zeitungsverbote.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Befehle zum Schutze der deutschen Republik waren eine bittere Notwendigkeit. Wer die Aussagen der an den Nordanschlüssen auf Erzberger, Scheidemann und Rathenau beteiligt gewesenen jugendlichen Wirrköpfe gelesen hat, der kann auch nicht im Zweifel sein, daß die systematische Pressevergiftung das Unheil in den Spangengehirmen der jugendlichen Mordgesellen angetrieben hat. Es wäre gewiß wünschenswert gewesen, man hätte den ganzen Apparat der Schutzesetze nicht aufzubieten gebraucht, zumal ja eine juristische Möglichkeit zum Eingreifen durch die allgemeine Befehlsgebung gegeben ist. Aber gerade in dieser Befehlsgebung fehlt jede prophylaktische Möglichkeit. Sie zu schaffen, war der tiefere Zweck der Schutzesetze. Bei allen Zeitungsverboten ist darum peinlichst zu prüfen, ob sie im Sinne des Befehlsgebers erfolgen. Die Pressefreiheit ist in der Verfassung verankert, sie muß auch dort respektiert werden, wo die Kritik scharf und ausfallend wird. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit im parlamentarischen Staate die Kritik auszuschalten, da sie ja gerade ein förderliches Teil der ganzen Regierungskontrolle darstellt. Wo darum nur Kritik gelbt wird, kann das Schutzesetz kaum Anwendung finden. Erst wo jede Kritik zu einer bewußten Schmäherung von Mitgliedern der gegenwärtigen oder einer früheren Regierung wird, die die Opfer überreizter Ruben werden, rechtfertigt sich ein Zeitungsverbot.

Der preussische Innenminister hat die Deutsche Allgemeine Zeitung auf acht Tage verboten. Ihr neuer Chefredakteur, der mehrheitssozialistische Prof. Paul Lench hatte in zwei Artikeln, das Rabinett Wirth auf das schärfste angegriffen. Er erklärte es jeden Vertrauens im Auslande unwert und wagte die Behauptung, das Rabinett Wirth habe das Vertrauen des Auslandes nie besessen und das des Inlandes längst verloren. Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß hier der Regierung ebenso unwahrscheinliche wie ungerechtfertigte Vorwürfe gemacht werden. Aber ob eine Beschimpfung oder Verleumdung im Sinne des Gesetzes vorliegt, ist hier strittig. Es handelt sich um einen Grenzfall und im Zweifel sollte man auch bei der Handhabung des Schutzesetzes nach dem alten juristischen Grundsatz verfahren: In dubio pro res. Die Behauptungen des Prof. Lench sind in ihrer Uebertreibung so übertrieben und die Angriffe in der Form so takt- und geschmacklos, daß sie sich eigentlich von selber richten. Man darf sich zum Beweis des Gegenteils auch bezweifelnd, daß Sinnes, der Verleger der D.A.Z., mit dieser Kampfesweise seines Blattes einverstanden ist. Das preussische Innenministerium hat bei seinem Verbot aber noch ein weiteres nicht bedacht. Seit dem 1. September erscheint die Tägliche Rundschau als Kopfblatt der Deutschen Allgemeinen Zeitung; in der Täglichen Rundschau ist, da dieses Blatt zum Kopfblatt geworden ist, der gleiche Artikel erschienen. Nunmehr liegt der Fall so, daß das eine Blatt wegen eines Artikels verboten wird, das andere aber wegen